

Liebe Leserinnen und Leser,

Am 25. März 1957 vor genau 60 Jahre unterschrieben die Staatsmänner aus den sechs Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaft die Römischen Verträge, die bis heute die Grundlage für unser Zusammenleben in Europa bestimmen. Europa hat Frieden und Wohlstand gebracht, diese Geschenke der Gründungsväter Europas gilt es zu bewahren.

Nach der Brexit-Entscheidung brauchen wir jetzt eine ehrliche Debatte über den richtigen Weg für die Zukunft der Europäischen Union. In dieser Woche haben wir darüber intensiv mit dem Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, Manfred Weber, diskutiert.

Dabei ist völlig klar: Ein Austritt aus der Europäischen Union kommt für uns nicht in Frage. Die EU steht für die längste Friedensperiode in der europäischen Geschichte. Der Gemeinsame Markt hat Wohlstand und Stabilität in Europa geschaffen. Bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Schuldenkrise haben wir entscheidende Fortschritte erzielt: 2017 wird die Wirtschaft erstmals seit fast zehn Jahren in allen Mitgliedstaaten wieder wachsen. Auch wenn die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern noch zu hoch ist, sind wir insgesamt auf einem guten Weg.

Klar ist für uns aber auch, dass es kein einfaches „Weiter so“ geben kann. Die EU muss effizienter, bürger-näher und unbürokratischer werden. Sie muss die großen Herausforderungen angehen, die wir in Europa besser gemeinsam lösen können. Dazu zählen etwa Handelsabkommen, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus oder der Schutz der EU-Außengrenzen. Und wir müssen eine offene Diskussion darüber anstoßen, in welchen Bereichen die Mitgliedstaaten selbst wieder mehr entscheiden können. Unsere Leitlinie bleibt der Satz von Franz Josef Strauß: Bayern ist unsere Heimat, Deutschland ist unser Vaterland, Europa ist unsere Zukunft!




Alois Rainer MdB



Kommentar zur Infrastrukturabgabe
Pkw-Maut: Fair, sinnvoll und gerecht [> S. 2](#)



60 Jahre Römische Verträge
EU braucht Bekenntnis zu Freiheit und Subsidiarität [> S. 4](#)



Demografie
Zwei Generationen, ein Ziel: Gute Politik für Jung und Alt [> S. 5](#)

Weitere Themen

Kommentar zum Teilhabebericht
Inklusion bleibt Daueraufgabe [> S. 7](#)

Innere Sicherheit
Ausreisepflicht durchsetzen, Terror und organisierte Kriminalität bekämpfen [> S. 8](#)

Flüchtlinge
Hasselfeldt: Familiennachzug über 2018 hinaus aussetzen [> S. 10](#)

Verschiedenes
Termine der Woche [> S. 11](#)

Folgen Sie uns:



Kommentar zur Infrastrukturabgabe

Pkw-Maut: Fair, sinnvoll und gerecht



© picture alliance/dpa

Mit der Pkw-Maut schaffen wir endlich Gerechtigkeit auf unseren Straßen, macht Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt in seinem Kommentar deutlich. Am Freitag verabschiedeten die Abgeordneten das „Gesetz zur Änderung des Infrastrukturabgabegesetzes“. Damit ist nun eines der wichtigsten Vorhaben des Ministers erfolgreich auf den Weg gebracht worden.

von ALEXANDER DOBRINDT

Wer nutzt, der zahlt – und keiner zahlt doppelt. Das ist das Prinzip der Pkw-Maut. Kein Halter eines in Deutschland zugelassenen Kfz wird durch die Maut mehr belastet, aber zum ersten Mal beteiligen sich alle, die unsere Straßen nutzen, auch an deren Finanzierung. Damit schaffen wir endlich Gerechtigkeit auf deutschen Straßen.

Gleichzeitig stellen wir unsere Infrastrukturfinanzierung auf eine breitere Basis. Mit der Pkw-Maut machen wir das, was die meisten unserer Nachbarländer bereits vor vielen Jahren vollzogen haben – die Finanzierung der Infrastruktur durch drei Säulen: Mineralölsteuer, Kfz-Steuer und Mautsystem. Wir haben bisher mit Mineralölsteuer und Kfz-Steuer zwei Säulen und bauen jetzt die dritte Säule, die Maut, dazu.

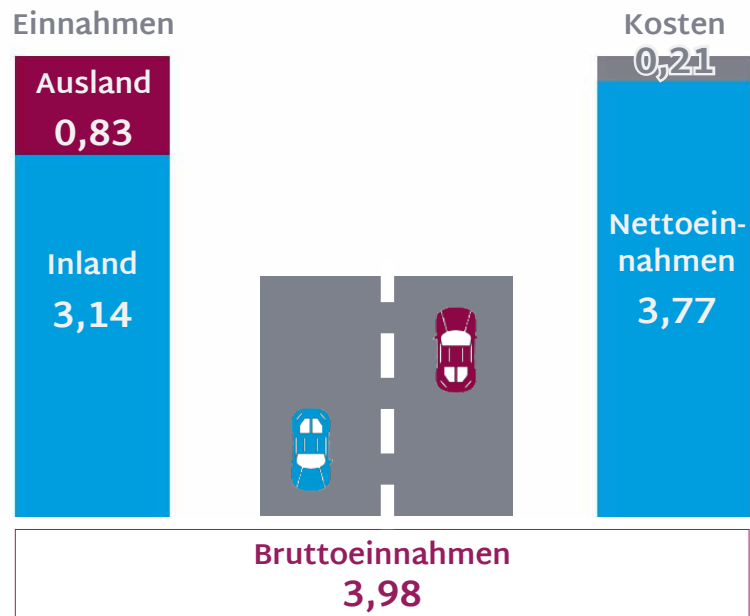
Dabei fließt jeder Euro, den wir mit der Pkw-Maut einnehmen, in die Finanzierung der Infrastruktur. Das heißt: Wir vollziehen einen echten Systemwechsel von einer steuerfinanzierten Infrastruktur zu einer nutzerfinanzierten Infrastruktur, von nicht zweckgebundenen Steuermitteln zu einer zweckgebundenen Abgabe.

Insgesamt bewegen wir damit vier Milliarden Euro vom Haushalt des Bundesfinanzministeriums in den Haushalt des Bundesverkehrsministeriums – jedes Jahr, dauerhaft und zweckgebunden an Investitionen in die Infrastruktur. Zusammen mit den Einnahmen aus der Lkw-Maut hat damit in Zukunft jeder Verkehrshaushalt eine feste, zweckgebundene Grundausstattung von mehr als zehn Milliarden Euro, mit der Erhalt und Betrieb unserer Infrastruktur vollumfänglich gesichert sind.

Es bleibt dabei: Die Pkw-Maut ist fair, sinnvoll und gerecht. Sie ist fair, weil die meisten unserer Nachbarländer schon lange eine Maut haben. Sie ist sinnvoll, weil jeder eingenommene Euro wieder in unsere Straßen fließt. Und sie ist gerecht, weil wir alle, die unsere Straßen nutzen, an der Finanzierung beteiligen.

Einnahmen Infrastrukturabgabe (prognostiziert)

in Mrd. Euro



Quelle: BMVI

60 Jahre Römische Verträge

EU braucht Bekenntnis zu Freiheit und Subsidiarität



© picture alliance/dpa

Europa feiert 60 Jahre Römische Verträge. Am 25. März 1957 wurden in Rom die Europäischen Gemeinschaften gegründet – Keimzellen der späteren Europäischen Union. Es folgten: 60 Jahre Frieden, Freiheit und Wohlstand, später die Wiedervereinigung des geteilten Kontinents. Heute steht die EU jedoch vor riesigen Herausforderungen.

Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Manfred Weber (CSU), sprach am Montag mit den CSU-Bundestagsabgeordneten über die wirtschaftliche Lage in der EU, den anstehenden Brexit und das Verhältnis zur Türkei. Weber machte zu Letzterem deutlich, dass es eine EU-Vollmitgliedschaft für die Türkei nicht geben könne – gerade auch mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen. Er appellierte indes einen Neustart der Beziehungen zu wagen.

Auch in einer Aktuellen Stunde war die Europäische Union Thema. Die Union ist die kostbarste Erfindung des 20. Jahrhunderts“, resümierte Iris Eberl (CSU) in der Debatte zu „60 Jahre Römische Verträge“ im Deutschen Bundestag.



Viele Bürger hätten jedoch das Vertrauen in die Union verloren. Denn statt Einmischung in das Klein-Klein müsse es um das große Ganze gehen. Gemeinsame europäische Verteidigungspolitik, Schutz der Außengrenzen, innere Sicherheit und Terrorbekämpfung – hier erkenne der Bürger auch den Mehrwert der Union, so die Abgeordnete. Sie fügte hinzu: „Soll die Europäische Union langfristig weiter existieren, müssen wir uns zu Freiheit und Subsidiarität bekennen.“



Demografie

Zwei Generationen, ein Ziel: Gute Politik für Jung und Alt



© picture alliance/MITO Images

Wie entwickelt sich die Bevölkerung in Deutschland? Der Demografiebericht der Bundesregierung gibt Antworten. Am Freitag war er Thema im Bundestag. Doch was braucht gute Politik – für Alt und für Jung? Wir haben unsere jüngste Abgeordnete Emmi Zeulner und den ältesten Kollegen Hans-Peter Uhl im Generationengespräch gefragt.



© Shortcut CSU-Landesgruppe

Hans-Peter Uhl und Emmi Zeulner

Denn sobald ein Herr Dr. Uhl bei jemanden anruft, dann gehen gleich die Ohren weit nach oben! Wenn jedoch eine Frau Zeulner bei jemanden anruft, dann wurde ich anfangs für eine Praktikantin gehalten. Jetzt kennt man mittlerweile meinen Namen schon, aber bisweilen auch noch nicht alle.

Lassen Sie uns einen Blick auf die Politik werfen: Was braucht gute Politik – für Jung und für Alt?

Uhl: Man sieht gerade auch bei dem Thema Demografie und demografischer Wandel im Flächenstaat Bayern die völlig unterschiedlichen Herausforderungen. Ich komme aus der Stadt München, das ist eine völlig andere Situation, als wenn man aus dem ländlichen, möglicherweise sogar aus einem strukturschwachen Raum kommt. Was bei uns nicht bezahlbarer Wohnraum ist, ist dort der Wegzug von jungen Leuten. Das sind alles schwierige Themen, die aber lösbar sind. Man muss es nur angehen.

Frau Zeulner, Herr Uhl, Sie sind Abgeordnete zweier unterschiedlicher Politiker-Generationen. Worin unterscheiden Sie sich in Ihrer täglichen Arbeit am meisten?

Hans-Peter Uhl: Also ich kann nur von meiner täglichen Arbeit berichten und die beginnt ziemlich pünktlich um 8.00 Uhr morgens und dann geht es nonstop durch den ganzen Tag. Aber ich weiß nicht, ob das bei dir sehr viel anders ist?

Emmi Zeulner: Nein, bei mir ist das schon ähnlich. Aber ich glaube, bei mir sind die Wege dafür etwas länger.

Zeulner: Deswegen sind wir ja auch so sehr darauf erpicht – was viele außerhalb von Bayern gar nicht so verstehen –, mehr in die Infrastruktur zu investieren. Denn es ist so wichtig, dass die Arbeitsplätze vor Ort gehalten werden können. Nur so ist es möglich, dass mehrere Generationen und Familien dort bleiben können.

Was ist Ihre Vision für das Jahr 2060?

Zeulner: Ich glaube, dass Deutschland ein sehr wohlhabendes Land ist. Wir stehen gerade in der heutigen Zeit vor der großen Aufgabe, unser Augenmerk darauf zu legen, dieses große Glück – in Frieden und Wohlstand zu leben – weiterhin zu bewahren. Dafür ist sehr viel diplomatisches Fingerspitzengefühl notwendig. Und dann frage ich mich schon manchmal, was passieren wird, (*wendet sich direkt an Hans-Peter Uhl*) wenn jetzt so eine tolle Generation, mit solch tollen Leute in Rente gehen wird. Deshalb möchte ich dich ja auch so gerne davon überzeugen, noch ein bisschen mitzumachen.

Uhl: Das tue ich gern, aber nicht als aktiver Abgeordneter, sondern auf andere Weise. Nur meine Generation ist mit denen, die den Krieg als Erwachsene überlebt haben, groß geworden. Das waren glühende Europäer, weil sie den Schrecken des Krieges erlebt hatten. Weil sie den Trümmerhaufen geerbt haben und zu blühenden Landschaften machen mussten. Und sie haben es geschafft.

Aber ich befürchte, dass jetzt bei vielen deiner Generation nicht dieses Problembewusstsein vorhanden ist. Also ich rede jetzt nicht von dir (*wendet sich an Emmi Zeulner*), sondern von deiner Generation. Diese sagt sich, dass es doch selbstverständlich ist, dass wir einen großen Raum der Freiheit und der Sicherheit, des Rechts und des Wohlstandes haben. Ja von wegen!

Zeulner: Also ich finde zum Beispiel die Diskussion um ein verpflichtendes soziales Jahr spannend. Denn das ist auch genau der Punkt, dieses Bewusstsein zu schärfen. Zu sagen, alles was wir haben, ist nicht selbstverständlich, sondern der Wohlstand muss erst erarbeitet werden. Sicher werden wir ihn in gewissen Bereichen teilen müssen. Aber Zielrichtung muss sein, den Wohlstand, den wir jetzt haben, auf gutem Niveau zu halten. Es wichtig, in einem friedlichen und freien Europa leben zu dürfen – eingebettet in einen internationalen Kontext, in dem die Weltgemeinschaft die Antworten auf die großen Fragen, wie zum Beispiel der Migration, gibt – damit die Freiheit erhalten bleiben kann.

Mehr Informationen:

[Zum vollständigen Interview im Video](#)

[Zum Demografiebericht der Bundesregierung](#)

Kommentar zum Teilhabebericht

Inklusion bleibt eine Daueraufgabe



© picture alliance/dpa

Das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung ist für unser Land eine große Bereicherung, stellt Astrid Freudenstein (CSU) in ihrem Kommentar zum Teilhabebericht der Bundesregierung fest. Am Freitag wurde er im Bundestag beraten.

von ASTRID FREUDENSTEIN



© Henning Schacht

Immer mehr Menschen in unserem Land leben mit einer Behinderung. Zwar werden immer weniger Kinder mit einer Behinderung geboren, doch die Wahrscheinlichkeit, im Laufe seines Lebens nach einer Krankheit oder einem Unfall dauerhaft beeinträchtigt zu sein, steigt. Zugleich hat sich das Selbstverständnis von Menschen mit Behinderung grundlegend gewandelt. Sie wollen nicht mehr versorgt werden, sondern fordern völlig zu Recht gleiche Teilhabe-Chancen ein.

Der neue Teilhabebericht der Bundesregierung bestätigt diesen Trend: Das aktive politische und zivilgesellschaftliche Engagement von Menschen mit Behinderung ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Das ist wichtig. Denn obwohl sich die Teilhabe-Chancen insgesamt gut entwickeln, benennt der Bericht auch Lebensbereiche, in denen noch ein deutlicher Handlungsbedarf besteht. Die Teilhabe-Chancen am Arbeitsmarkt sind für Menschen mit Behinderung zum Beispiel immer noch deutlich schlechter. Sie sind fast doppelt so häufig und wesentlich länger arbeitslos. Auch bei den Schul- und Berufsabschlüssen ist noch Luft nach oben.

Das neue Bundesteilhabegesetz wird an einigen Stellen spürbare Verbesserungen bringen. Die Förderung unabhängiger Beratungsstellen, die vereinfachten Verfahren und neue Leistungen wie das „Budget für Arbeit“ werden die Teilhabe-Chancen erhöhen. Doch damit sind längst nicht alle Probleme gelöst. Der Teilhabebericht macht deutlich, dass Inklusion eine Daueraufgabe bleibt. Gelingen wird dieser Prozess nur, wenn alle an einem Strang ziehen. Die Betroffenen müssen den Handlungsbedarf genau lokalisieren. Die politisch Verantwortlichen müssen erkennen, dass die inklusive Gesellschaft zunächst auch finanzielle Investitionen erfordert. Und nicht zuletzt muss sich das Bewusstsein durchsetzen, dass das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung für unser Land eine große Bereicherung ist.

Innere Sicherheit

Ausreisepflicht durchsetzen, Terror und organisierte Kriminalität bekämpfen



© picture alliance/dpa

Die Unionsfraktion arbeitet konsequent weiter daran, Terrorismus und organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Dazu hat der Bundestag in dieser Woche erneut eine Reihe von Gesetzentwürfe diskutiert – so zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht und zur Bekämpfung von Geldwäsche.

Ausreisepflicht besser durchsetzen

„Es ist richtig, dass wir deutliche Verschärfungen bei der Ausreisepflicht vornehmen“, machte Stephan Mayer, innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, in seiner Rede deutlich. Denn ausreisepflichtige Ausländer müssen schneller abgeschoben werden. Laut Ausländerzentralregister befanden sich Anfang des Jahres über 213.000 ausreisepflichtige Ausländer in Deutschland. Mit der Ablehnung eines Asylantrags und der Feststellung, dass keine Abschiebungsverbote vorliegen, ist klar, dass der Antragsteller Deutschland wieder verlassen muss. Um dies in Zukunft besser zu gewährleisten, berieten die Abgeordneten am Donnerstag in erster Lesung das „Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“. Demnach sollen Ausländer, die ausreisepflichtig sind, aber nicht freiwillig ausreisen, sich nur noch im Bezirk einer einzelnen Ausländerbehörde aufhalten dürfen, sofern sie über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit getäuscht oder ihre Mitwirkung bei der Rückführung verweigert haben.

Abschiebehaft für Gefährder

Der Gesetzentwurf sieht auch vor, dass ausreisepflichtige Gefährder, denen Anschläge und andere schwere Straftaten zugetraut werden, leichter in Abschiebehaft genommen werden können. Sie sollen zudem durch elektronische Fußfesseln am Untertauchen gehindert werden können. Vieles, so Mayer, gehe auf Vorschläge von Bundesinnenminister Thomas de Maizière zurück, die dieser bereits im letzten August gemacht habe, die aber damals noch von der SPD abgelehnt wurden. „Garant für die innere Sicherheit ist die CDU/CSU“, stellte Mayer klar. Er verwies darauf, dass auch die rot-grün regierten Länder abgelehnte Asylbewerber endlich schneller und konsequenter abschieben müssten.

Darüber hinaus soll das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur Feststellung der Identität und Staatsangehörigkeit von Asylsuchenden ohne gültige Ausweispapiere künftig Mobiltelefone und andere Datenträger auswerten können. Es gehe nicht darum, auf die Inhalte zuzugreifen, sondern schlicht darum, die Identität festzustellen. Denn viele hätten keine Ausweispapiere bei sich, dafür aber ein Handy. „Und deshalb ist es nur konsequent, dass wir diese Handys zu Rate ziehe“, so Mayer.

Terrorfinanzierung und organisierte Kriminalität besser bekämpfen

Der Bundestag beriet daneben weitere Gesetze zur inneren Sicherheit. Um besser gegen Terrorfinanzierung und organisierte Kriminalität vorgehen zu können, soll ein elektronisches Transparenzregister eingerichtet werden sowie Vermögen aus kriminellen Taten leichter eingezogen werden können. Die Voraussetzungen hierfür schaffen zwei Gesetzentwürfe, von denen derjenige zur „Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung“ am Donnerstag endgültig verabschiedet wurde.

Mit dem Fluggastdatengesetz wird die Verwendung von Fluggastdatensätzen zur Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität ermöglicht. So lassen sich die Reisebewegungen von Terroristen und Schwerekriminellen besser nachvollziehen. Auch erhalten die deutschen Sicherheitsbehörden einen verbesserten Zugriff auf Informationen aus der Europol-Datenbank, um ihre Möglichkeiten zur Verfolgung grenzüberschreitender Kriminalität zu erweitern. Das sieht der Gesetzentwurf zur Änderung des Europolgesetzes vor, über den die Abgeordneten am Donnerstag in erster Lesung beraten haben.

Flüchtlinge

Hasselfeldt: Familiennachzug über 2018 hinaus aussetzen



© picture alliance/dpa

„Die Aussetzung des Familiennachzugs ist beschlossen. Es gibt keinen Grund, dass wir davon abrücken,“ machte die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt deutlich. Zuvor waren Pläne der SPD bekanntgeworden, das gemeinsam beschlossene Aussetzen des Familiennachzugs für Flüchtlinge mit sogenanntem subsidiären Schutz wieder aufzuheben.

„Die CSU-Landesgruppe setzt sich dafür ein, dass der Familiennachzug für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutz über 2018 hinaus ausgesetzt bleibt. Das sind wir auch unseren Kommunen schuldig,“ stellte Hasselfeldt klar. Die Kommunen müssten vor Ort tausende Menschen unterbringen und gut integrieren. Sie dürften durch den Familiennachzug nicht überfordert werden. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer (CSU) ergänzte, Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz verfügten über keine dauerhafte Bleibeperspektive. „Bei aller Härte, die dies für die Betroffenen im Einzelfall bedeuten mag: Wir müssen die Steuerungsmöglichkeiten, die wir haben, nutzen. Nur so können wir die Akzeptanz der Bevölkerung für unser Asylsystem erhalten“, erklärte Mayer. Andreas Scheuer (CSU) warnte, der Familiennachzug würde „falsche Anreize setzen und die Integrationsfähigkeit Deutschlands vollends überfordern.“

Hasselfeldt fand deutliche Worte in Hinblick auf den Koalitionspartner: „Die SPD sollte sich an die von ihr auf höchster Ebene mit beschlossenen Regelungen halten. Im Moment übt sie sich eher darin, gute und sinnvolle Beschlüsse, egal in welchem Bereich, wieder zurückzudrehen.“

Die große Koalition hatte den Familiennachzug für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz bis März 2018 ausgesetzt. Normalerweise haben anerkannte Flüchtlinge einen Anspruch auf Nachzug der sogenannten Kernfamilie – Ehepartner, minderjährige Kinder oder im Fall von unbegleiteten Minderjährigen deren Eltern. Diese Regeln gelten auch weiterhin für anerkannte Flüchtlinge im Sinne der UN-Flüchtlingskonvention.



© picture alliance/Bildagentur online

Termine der Woche



© CSU-Landesgruppe

Telefon-Hotline der CSU-Landesgruppe

Rente, Europa und Türkei – das waren unter anderem die Themen bei unserer Telefon-Hotline. Zahlreiche Bürger kamen dabei am Dienstag mit den Bundestagsabgeordneten direkt ins Gespräch. Die CSU-Landesgruppe machte dabei deutlich, immer ein offenes Ohr für die Bürger zu haben.



© CSU-Landesgruppe

Kongress „Aktiv im Alter“

Die Anzahl älterer Menschen in Deutschland nimmt ständig zu. Mit einer Reihe von Experten diskutierte die CDU/CSU-Fraktion darüber, welche Rahmenbedingungen nötig sind, damit alle möglichst lange ein gesundes, eigenständiges und aktives Leben führen können. Paul Lehrieder (CSU) machte in seinem Resumé deutlich, dass sich jeder Dritte ab 65 im Ehrenamt engagiere – damit sind die Älteren eine ganz wichtige Stütze unserer Gesellschaft.



© CSU-Landesgruppe

CSU-Landesgruppe im Gespräch

Bundesbank-Vorstand Joachim Wuermeling war am Donnerstag zu Gast bei der CSU-Landesgruppe. Sein Fazit: Wir ziehen in der Geldpolitik an einem Strang!

Impressum

Herausgeber:

Max Straubinger MdB
CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
internet: www.csu-landesgruppe.de

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
E-Mail: bab@cducsu.de

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.

Foto Editorial: Foto Eiglsperger

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.